

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 17. November.

Präsident Dr. Sinsion, der von seinem Unwohlsein wiederhergestellt ist, eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen, worauf das Haus in die Tagesordnung tritt, die zweite Beratung des Entwurfs über Ausprägung von Reichsgoldmünzen.

Am Tische des Bundesrathes: Staatsminister Camphausen, Delbrück, v. Pferschy, v. Lutz.

Nachdem Dr. Stephan über eine Anzahl Propositionen, die das Gesetz betreffen, berichtet hat, folgt die Spezialdebatte.

§. 1 lautet: „Es wird eine Reichsgoldmünze ausgeprägt, von welcher aus einem Pfunde feinen Goldes 139 1/2 Stück ausgebracht werden.“

Abg. Mohl will den §. 1 fassen: „Es wird vorläufig eine Reichsgoldmünze ausgeprägt, von welcher in dem Mischungsverhältnisse von 900 Tausendtheilen Gold und 100 Tausendtheilen Kupfer 124 Stück 1 Kilogramm wägen.“ Er führt als Motive an, daß ein solches Goldstück genau 25 Gros. = 6 3/4 Thlr. = 11 fl. 48 3/4 kr. süddeutscher Währung ist, und also eine genaue Convertibilität mit den Goldmünzen aller Staaten, die nach Franken rechnen, gewährt. Es würde auch convertibel sein in die deutschen Silbermünzen, wenn der 1/3 Thlr. (die Mark) oder der 2/3 Thlr. (der Gulden) als Rechnungseinheit des deutschen Reiches angenommen werden sollte.

Abg. Buhl beantragt zu setzen: „Es wird eine Reichsgoldmünze ausgeprägt, von welcher aus einem Kilogramm feinen Goldes 139 1/2 Stück ausgeprägt werden.“ Die Mehrzahl der süddeutschen Handelskammern und viele Norddeutsche haben sich für die Guldenwährung in demselben Sinne ausgesprochen wie der volkswirtschaftliche Kongress. Abgesehen davon, daß es bedenklich sein würde, eine Münze zur Einheit zu machen, die nicht als solche, als 10 Mark die Grundlage im Verkehr bilden würde, sondern nur verdoppelt, als Zwanzigmarkstück, so darf man auch nicht völlig den Zusammenhang mit dem internationalen Verkehr ganz aus dem Auge lassen. Die Erinnerungen an das Thalersystem, welche in dem Entwurf vorherrschen, verhindern aber jede Annäherung an andere Systeme, während das Guldenssystem nur gegen das Thalersystem spröde ist, sonst aber nicht nur leicht convertibel, sondern auch bereits dem ganzen Volke bekannt ist, so daß seine Einführung gar keine Schwierigkeiten verursachen würde. Durch die Annahme des Antrages würde der Entwurf wesentlich verbessert und den süddeutschen Staaten der Uebergang erheblich erleichtert werden.

Abg. Gerstner schlägt vor, den Antrag des Abg. Mohl anzunehmen, das Frankensystem aber nicht durchzuführen, sondern das 25-Frankstück in 10 Gulden einzutheilen.

Abg. Bamberger: Der Vorredner befindet sich in der glücklichen Lage eines Propheten, der nicht zu befürchten braucht, beim Wort genommen zu werden. Er empfiehlt uns eine internationale Münze in der bestimmten Voraussetzung, daß dieselbe nicht angenommen werden wird. Es kann allerdings ein Mensch in fünf Minuten mehr Irrthümer behaupten, als ein anderer in fünf Stunden widerlegen kann (Heiterkeit); das ist mir recht zum Bewußtsein gekommen in der ersten Debatte bei den Ausführungen des Abg. Mohl. Abg. Mohl hat uns den lebhaften Viehhandel Württembergs nach Frankreich vorgeführt, und daraus die Nothwendigkeit einer internationalen Münze deducirt; ein einziger Tag an der Börse wirft zwischen Berlin und Paris größere Geldsummen an Effekten u. s. w. herüber und hinüber, als wenn sämtliche Ochsen Württembergs nach Frankreich verkauft werden. (Große Heiterkeit.) Der Haupthandelsverkehr gleicht seine Zahlungen durch Wechsel aus; in den allerjüngsten Fällen wird Gold oder Silber geschickt, und wenn es geschieht, so ist es vollkommen gleich, ob es 20-Francstücke oder Sovereigns sind; man berechnet sie nach dem Gewicht, und deshalb nimmt man am liebsten Barren, weil dadurch am wenigsten verloren geht. Sie sprechen von 100 Millionen Menschen, die in ihren Staaten das Frankensystem haben; Frankreich dürfte zur Zeit hierher nicht mehr zu rechnen sein; denn seine Metallwährung ist für lange Zeit dahin. Ich bitte Sie, nehmen Sie unser nationales System an. Wahre Nächstenliebe dient am besten zu Hause. (Beifall.)

Abg. Sonnemann: Als Vertreter der größten süddeutschen Handelsstadt erkläre ich, daß ich für die Vorlage stimmen werde, da ich sie unter den gegebenen Verhältnissen für den allein möglichen Weg halte, zu einer Münzreform zu gelangen. Der süddeutschen Bevölkerung ist die Mark ebenso klar, als der Norddeutschen; bis in die bayerischen Hochgebirge hinein weiß man, wie viel der dritte Theil eines Thalers ist; sie wird sich leicht in die Bedürfnisse des

Kleinverkehrs fügen und das ist für mich eine Hauptsache. Ein gewisses Mißtrauen besteht allerdings in Süddeutschland, als sei es mit der Münzreform nicht ernst gemeint, als wolle man wieder zum Thalersystem zurück. Daran ist das Dreißigmarkstück Schuld; und ich glaube, wir brechen am besten die Brücke hinter uns ab und streichen dieses Goldstück von Dreißig Mark, wie es bereits ein Amendement Bambergers verlangt.

Abg. Braun (Gera): Unsere Mark ist die Annäherung an England und Amerika. London ist der Centralpunkt des Handels der 5 Welttheile. London regiert unseren Wechselkurs und beutete uns dabei bisher aus, es stellt das Preisverhältniß zwischen Gold und Silber fest. Das Alles wird durch unsere Annäherung an das englische Schillingsystem verbessert. Daher schließen wir uns lieber an das englisch-amerikanische, als an das französische System an! Den österreichischen Gulden können wir aber auch nicht annehmen, da derselbe nicht ganz genau derselbe ist, wie unser Reichsgulden werden würde. Wir werden uns dafür verwenden, daß sowohl die Ausprägung von Dreißigmarkstücke unterbleibe, als daß auch die Untertheilung der Mark in Groschen wegfalle.

Finanzminister Camphausen: Ich habe nur um das Wort gebeten, um noch im letzten Augenblick für die Annahme der Mark einzutreten. Ich kann nur im Allgemeinen bestätigen, was für dieselbe schon vorher vorgetragen ist. Wir müssen vor Allem Werth darauf legen, daß eine völlig klare, offene und zweckmäßige Münze hergestellt wird. Das haben wir unbestreitbar, wenn wir die Mark in der vorgeschlagenen Weise annehmen. Um mit dem österreichischen Gulden bekannt zu werden, muß man sich vergegenwärtigen, daß es dreierlei Arten von österreichischen Gulden giebt: der eine ist der Gulden in Papiergeld, der andere der Silbergulden, wie er nach der Konvention geschlagen, der aber heute in Oesterreich nicht mehr existirt (Heiterkeit), wenigstens habe ich bei meiner letzten Reise in Oesterreich keinen Silbergulden mehr vorgefunden. Der dritte Gulden ist derjenige, welcher in Oesterreich die Zukunft haben wird, es ist dies der Goldgulden. Aber dieses in Gold ausgeprägte Achtguldensstück ist nicht etwa 16 Mark werth, sondern erheblich weniger. Ist es nun da nicht zu empfehlen, das von den verbündeten Regierungen vorgeschlagene, völlig klare Verhältniß anzunehmen? Wenn nicht entfernt behauptet werden kann, daß Süddeutschland durch die Annahme dieses Systems auch nur den geringsten Schaden erleidet, so werden Sie doch Alle zugeben, daß das System der Mark vor allen anderen den Vorzug verdient (Bravo!).

Die Diskussion wird hierauf geschlossen.

Bei der Abstimmung wird zunächst das Amendement des Abgeordneten Mohl mit großer Majorität abgelehnt.

Das Amendement des Abg. Buhl wird bei namentlicher Abstimmung mit 196 gegen 93 Stimmen ebenfalls abgelehnt und darauf §. 1 der Regierungsvorlage mit großer Majorität unverändert angenommen.

§. 2 der Vorlage lautet: „Der zehnte Theil dieser Geldmünze wird Mark genannt und in 10 Groschen, der Groschen in 10 Pfennige eingetheilt.“

Abg. Dr. Bamberger beantragt dagegen, dem Paragraphen folgende Fassung zu geben: „Der zehnte Theil dieser Goldmünze wird Mark genannt und in 100 Pfennige eingetheilt.“

Abg. Miquel beantragt, dem Antrage Bambergers hinzuzufügen: „Zehn Pfennige werden ein Groschen genannt.“

Finanzminister Camphausen erklärt sich mit dem Antrage einverstanden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Bamberger ohne das Miquelsche Unteramendement mit großer Majorität angenommen, womit §. 2 der Regierungsvorlage beseitigt ist.

§. 3 der Vorlage lautet: Außer der Reichsgoldmünze zu 10 Mark sollen ferner ausgeprägt werden: Reichsgoldmünzen zu 20 Mark, von welcher aus einem Pfunde feinen Goldes 69 1/2 Stücke, und Reichsgoldmünzen zu 30 Mark, von welchen aus Einem Pfunde feinen Goldes 46 1/2 Stücke ausgebracht werden.

Abg. Dr. Bamberger beantragt hierzu, die Worte: „und Reichsgoldmünzen zu 30 Mark, von welchem aus Einem Pfunde feinen Goldes 46 1/2 Stück“ — zu streichen.

Staatsminister Delbrück, sowie der Reichskanzler Fürst Bismarck widersprechen diesem Antrage, indem sie auf das Bedürfnis größerer Goldmünzen hinweisen, während die Abgg. Bamberger und Lasker dieses Bedürfnis in Abrede stellen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Bamberger, im Uebrigen aber §. 3 der Regierungsvorlage unverändert angenommen.

§. 4, welcher das Mischungsverhältniß der Reichs-

goldmünzen feststellt, wird nach dem zu §. 3 gefaßten Beschlusse abgeändert. §. 5 lautet: Die Reichsgoldmünzen tragen auf der einen Seite den Reichsadler mit der Ueberschrift: „Deutsche Reichsmünze“ und mit der Angabe des Werthes in Mark, sowie mit der Jahreszahl der Ausprägung, auf der anderen Seite das Bild des Landesherrn, beziehungsweise das Hoheitszeichen der freien Städte, mit einer entsprechenden Aufschrift und dem Münzzeichen u. s. w.

Hierzu beantragt:

1) Abg. Bamberger: anstatt „Deutsche Reichsmünze“ zu setzen: „Deutsches Reich.“

2) Abgeordneter Graf zu Münster (Hannover) die Worte: „auf der andern Seite das Bild des Landesherrn“ — bis Münzzeichen zu streichen und darauf zu setzen: „das Bildniß des Kaisers mit einer entsprechenden Umschrift und dem Münzzeichen.“

Nachdem Abgeordneter Dr. Brochhaus den Antrag Bamberger und Graf Münster seinen Antrag zur Annahme empfohlen, erklärt Staatsminister v. Mittnacht (Württemberg), daß die §§. 5, 6 und 7 des Entwurfs, welche nach einer gewissen Richtung hin zusammengehören, aus einem gemeinschaftlichen Antrage der Bevollmächtigten von vier Bundesregierungen hervorgegangen seien und durch eine Art Kompromiß zu Stande gekommen seien. Der Antrag Münster enthalte eine Einschränkung der Hoheitsrechte der Einzelstaaten und wenn er es auch nicht für seine Aufgabe halte, näher darauf einzugehen, inwiefern die einzelnen Staaten ihre Hoheitsrechte einschränken lassen wollen, so glaube er doch, daß die Vorlage nicht den Weg enthält, eine solche Einschränkung eintreten zu lassen.

Bundesbevollmächtigter Minister v. Mittnacht (Württemberg): Die §§. 5—7 der Vorlage sind aus der gemeinschaftlichen Arbeit von vier Regierungen hervorgegangen. Ihnen traten zwei andere Bevollmächtigte bei, und so entstand die vorliegende Fassung ohne Widerspruch im Bundesrath, und als das Werk eines Kompromisses. Es klingt so ansprechend, wenn man sagt, die Münze werde des Kaisers Bildniß in jede Hütte tragen, aber auf buchstäbliche Erfüllung hat diese Aeußerung wenig Aussicht (Heiterkeit). Auch die Größe unserer Zeit und ihre Erfolge bedürfen des Zeugnisses dieser Nation nicht. Diese Erfolge waren vorwiegend kriegerischer Natur und wurden nicht dadurch beeinträchtigt, daß deutsche Truppen unter ihren eigenen Fahnen und Feldzeichen gekämpft haben. Die Fahnen werden nach zwei Jahrhunderten nicht dadurch verlieren, daß man an ihnen die Landeszeichen findet, womit nicht gesagt werden soll, daß sie etwas eingebüßt hätten, wenn sie auch die Zeichen des Reiches getragen hätten (Beifall). Es wird daher begreiflich gefunden werden, daß wir einen Werth darauf legen, das Bildniß des Landesherrn auf der deutschen Münze nicht zu verlieren. Das Bildniß des deutschen Kaisers wird ja in dem größten deutschen Staate verbreitet und es wird jedem deutschen Herzen so eingepreßt sein und bleiben, das es fast klein erscheint, einen Gewinn darin zu suchen, daß alle deutsche Münzen es tragen sollen. (Beifall.) Deshalb ist zu vertrauen, daß aus dieser Frage ein Mißtrauen nicht hervorgehen wird, und daß das hohe Haus es schon bei der zweiten Lesung bei der Vorlage bewenden lassen wird, zu der die Regierungen sich verbündet haben. (Beifall.)

Fürst Bismarck. Die beredten Worte meines württembergischen Herrn Kollegen werden Sie hoffentlich überzeugt haben, daß es nicht nützlich ist, den Antrag des Grafen Münster anzunehmen. Ich habe manchen Ueberzeugungen, die ich hatte, nicht das Recht gehabt Ausdruck zu geben; ich habe erreichen müssen, was zu erreichen war. Dieser Aufgabe sind wir auch im Bundesrathe gefolgt, nicht durch Verfassungsfragen die in Deutschland nicht sehr große Nachgiebigkeit auf die Probe zu stellen. Nach wochenlanger schwieriger Arbeit ist ein Kompromiß zu Stande gekommen, für welche die preussische Regierung durch ihren Antheil an dem Beschlossenen einzustehen verpflichtet ist. Thue ich das nicht, so verliere ich im Schooße des Bundesrathes das Vertrauen, dessen ich bedarf, um solche Kompromisse in Zukunft zu Stande zu bringen. Ich kann also den Regierungen den Antrag des Grafen Münster in keiner Weise empfehlen. Für diese Frage einen politischen und in hohem Grade einen verstimmen Druck auf die Bundesgenossen auszuüben, dazu hat uns Gott die Macht, die Preußen in Deutschland angewiesen ist, nicht gegeben. Gibt es ein stärkeres Zeugniß für die innige Beziehung der Fürsten zum Reich als diese Münze, die auf der einen Seite das Zeichen des Reiches und auf der andern das der Landesherrn trägt? Befunden sie nicht offen und nachhaltig dadurch, ich erkenne das Reich an und will ein Glied des Reiches sein? Ich warne davor, den Einsüßerungen und Ueberhebungen derjenigen Nahrung zu geben, die an die centrifugalen Kräfte zu appelliren Neigung haben. Es ist mir als Reichskanzler in fei-

ner Weise gleichgültig, wie die verbündeten Monarchen zur Zeit gestimmt sind. Ich muß mit diesen Stimmungen sorgfältig rechnen und sie fallen sehr schwer für mich ins Gewicht. Sie aber würden mir meine Aufgabe außerordentlich erschweren, wenn Sie mir aufgeben wollten, für den Antrag im Bundesrathe thätig zu sein. Ich glaube auch nicht an die Möglichkeit eines Erfolges ohne politische Nachteile, die sehr viel schwerer wiegen als der Vortheil, der dadurch erlangt wird.

Darnach wird der Antrag Bamberger genehmigt; der Antrag Münster einstimmig gegen den Antragsteller, Prinz Wilhelm von Baden und Fürst Lichnowsky abgelehnt.

Schluß 5 Uhr; nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr (Fortsetzung der heutigen Debatte; Wahlberichte).

Deutschland.

Berlin, 17. November. Gestern hat, wie wir bereits berichtet haben, die konstituierende Generalversammlung der rumänischen Eisenbahn-Aktiengesellschaft stattgefunden, wobei der Geh. Justizrath Hirschius als Syndikus fungirte. Es wurde zunächst das zur Umwandlung in Aktien deponirte Obligationenkapital konstatirt und es stellte sich heraus, daß dasselbe sich auf 52,340,500 Thaler belief. Die Vollmachtträger der Obligationäre nahmen hierauf ein provisorisches Statut an, auf Grund dessen die Eintragung der Gesellschaft in das Gesellschaftsregister des königlichen Stadtgerichts erfolgen wird. Der provisorische Aufsichtsrath wurde alsdann gewählt und fiel die Wahl auf folgende vier Herren, denen das Recht der Cooptation, bei welcher auch die Schutzcomitees berücksichtigt werden sollen, zusteht: Geheimter Commerzienrath Langemann, Reichstags-Abgeordneter Bürgermeister Miquel, Geheimter Oberfinanzrath Scheele und Geheimter Commerzienrath Gerson Bleichröder. Diese vier cooptirten sogleich die Herren: Geheimen Justizrath Hirschius, Justizrath Wiener und Reichstags-Abgeordneten Rechtsanwalt Wölffel. Eine legalisirte Depesche, welche sowohl von dem Akt der Constituirung als von der deponirten Obligationenzahl Kunde giebt, wurde sofort nach stattgehabter Constituirung direkt nach Bukarest an die fürstlich rumänische Regierung gesandt und ebenso auch durch Vermittelung unserer Regierung dem deutschen Generalkonsul in Bukarest, Herrn von Radowitz, zur Uebermittlung an die rumänische Regierung notificirt. Es ist durch diesen Akt allen formellen Erfordernissen genügt, welche theils das rumänische Gesetz vom 17. bis 29. Juli, theils die in Ausführung desselben von Seiten der rumänischen Regierung aufgestellten Bedingungen nothwendig machen, und es dürfte damit die Annahme der von der rumänischen Regierung mit den Schutzcomitees abgeschlossenen Convention, welche nunmehr auf die neue Aktiengesellschaft übergehen wird, Seitens der rumänischen Kammer außer Frage stehen. Schon heute wird in Bukarest der Ministerrath sich mit den betreffenden Notifikationen beschäftigen und, wie wir hören, wird von Seiten des Ministerrathes sofort die Einbringung der betreffenden Vorlagen in die Kammer stattfinden, welche ihrerseits, wie uns aus Bukarest telegraphisch berichtet wird, am Montag die Verhandlungen über diesen Gegenstand beginnen wird.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, hat der Reichskanzler in Folge der Weigerung des Fürsten Bacynski, sein Palais Befuß des Baues des neuen Reichstagsgebäudes zu verkaufen, soeben zwei Hauskäufe abgeschlossen. Obwohl die für diese Häuser bezahlten Preise ziemlich bedeutend sind, so scheinen uns doch die stattgehabten Käufe nicht nur der Lage der betreffenden Häuser wegen, sondern auch die Berücksichtigung des Umstandes, daß die Immobilienwerthe in Berlin stark steigen würden, durchaus günstig. Die betreffenden Häuser sind das bisher dem Fürsten Pleß gehörige Haus Wilhelmstraße 63 und das daneben liegende des Herrn von Romberg. Der Kaufpreis des ersteren beträgt 2,000,000 Thlr., der des letztern 1,300,000 Thlr.

Der „N.-A.“ veröffentlicht die königliche Verordnung betreffend die Einberufung des preussischen Landtags auf den 27. d. M.

Die Ernennung des Generals Stosch zum Marine-Minister gilt als bevorstehend. Der General hat eine Inspektionsreise nach Wilhelmshaven unternommen.

Berlin, 15. November. Die National-Zeitung schreibt: Die Stellung, welche das deutsche Reich und die deutschen Staaten gegen den Ultramontanismus und die Häupter der katholischen Kirche in Deutschland einnehmen, findet einen immer schärferen und schneidigeren Ausdruck. Wer in dieser Beziehung die Gegenwart mit den Zuständen vergleicht, welche noch vor zwei Jahren in Deutschland die herrschenden waren, dem muß die hervorgetretene Aenderung eine höchst auffällige sein und der kann es nicht verkennen, daß das vatikanische Koncil und die neuen Dogmen einen gewaltigen Einfluß auf die Entwicklung de-

wichtigsten politischen Fragen geübt haben und zu üben fortfahren werden.

Der König von Preußen läßt auf eine äußerlich von Loyalität überfließende und auf die Abneigung gegen Liberalismus, öffentliche Meinung und Tagespresse mit vermeintlicher Schaulust spekulierende Adresse des preussischen Episcopats eine Antwort zu Theil werden, welche von einer schneidigen Kälte und Schärfe erscheint, wenn man namentlich daran denkt, mit welchem Uebermaß von Höflichkeit und Zuvorkommenheit die preussischen Oberhirten noch vor einigen Jahren, z. B. bei der Einführung der Herren Melchers und Ledochowski als Erzbischöfe von Köln und Posen behandelt wurden. Die Waffen, welche man selbst sehr fein zu wählen geglaubt hatte, werden feiner noch gegen den Episcopat selbst geführt, indem der König erklärt, daß es ihm „unerwartet gewesen, in einer Eingabe preussischer Bischöfe Anklänge an die Sprache zu finden, durch welche auf publizistischem und parlamentarischem Wege versucht worden ist, das berechnete Vertrauen zu erschüttern, mit welchem Meine katholischen Unterthanen bisher auf Meine Regierung blickten.“ Den preussischen Oberhirten wird versichert, daß es ihnen, welche nach katholischem Dogma die katholische Kirche eigentlich allein darstellen, nicht gelingen werde, das Vertrauen und die Treue der katholischen Unterthanen gegen das Staatsoberhaupt zu erschüttern! In der That, man könnte die Sache höchst pikant finden, wenn sie nicht so ernst wäre. Im preussischen Staatsministerium werden, wie offiziöse Stimmen berichten, Landtagsvorlagen vorbereitet, welche den Geistlichen die Schulinspektion zu entziehen unter Umständen ermöglichen sollen, und welche die bürgerliche Geschlechtsung auch ohne Austritt aus der Kirche christlichen Konfessionsverwandten eröffnen sollen, wenn die kirchliche ihnen grundlos vorenthalten wird. In der Reichsgesetzgebung aber bringt die bairische Regierung einen Antrag auf einen Zusatz zum Strafgesetzbuch ein, nach welchem die „Diener des Wortes Gottes“ strafrechtlich verfolgt und mit Gefängnis bedroht werden, „wenn sie ihre Amtsbefugnisse und speziell die Kanzel zur Störung des öffentlichen Friedens und zu politischen Agitationen benutzen.“ Und diese Maßregeln werden von zwei entschieden konservativen Regierungen in Angriff genommen, welche die Kirche bisher als hauptsächlichste Stützen und Bürgerkassen für Staat und Gesellschaft ansahen. Die freie Kirche soll nur bestehen im freien Staat, und die Häupter der Ultramontanen verlangen immer offener, daß der Staat sich ihnen beugen soll, drohen immer unzweideutiger, daß sie unter Umständen das Volk selbst zu fanatisiren und zum Widerstand gegen den die Glaubensfreiheit schützenden Staat heranzuführen werden. Aus dem Lande der Regierung, welche den Antrag eingebracht, haben nicht oft genug solche mit der Revolution drohende Stimmen vom Bischof von Regensburg an bis zu laienhaften Pfarrern und ultramontanen Winkelblättern angeführt und aus dem hiesigen Jesuitenblatte hätten wir leicht eine nicht minder reiche und deutliche Blumenlese geben können. Nief es doch noch in den letzten Tagen bei Besprechung der kaiserlichen Antwort an die Bischöfe triumphirend aus, daß „an den vaticanischen Dogmen kein Strichlein würde geändert werden, daß aber die deutschen Regierungssysteme sich würden ändern müssen.“

Solchen Stimmen gegenüber darf der Staat das Ohr nicht verschließen; es wird zunächst der Versuch gemacht werden müssen, den Ultramontanismus zu warnen und womöglich zur Besinnung zu bringen. Es wäre zu wünschen, daß das Ergebnis des bairischen Antrages nur diese Bedeutung behielte. Geht dieser Wunsch nicht in Erfüllung, dann wird, so hoffen wir, der Ultramontanismus sich noch entschiedener zu äußern haben, daß im 19. Jahrhundert sich die Zeiten des dreizehnten und vierzehnten nicht mehr erneuern lassen.

München, 17. November. Dr. Hirschwälder, welcher wegen Theilnahme an dem Altkatholikentag vom Erzbischof von München-Freyburg bereits vom Amte suspendirt wurde, ist vom Fürstbischof von Breslau, dessen Jurisdiktion er unterstellt ist, wegen Abhaltung der Gottesdienste in der hiesigen Gastkirche exkommuniziert worden.

Ungarn.

Wien, 17. November. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile ein kaiserliches Handschreiben, durch welches Graf Lonyay von dem Amte eines gemeinsamen Finanzministers entbunden und zum ungarischen Minister-Präsidenten ernannt wird.

Die großbritannische Regierung hat, wie dem „Wanderer“ gemeldet wird, die Anzeige hierher gelangen lassen, daß sie die beabsichtigte Ernennung des Grafen Beust zum österreichisch-ungarischen Votschafter in London mit Befriedigung zur Kenntnis nehme.

Haag, 17. November. Die zweite Kammer hat nach dreitägiger Debatte einen Antrag des Abg. Dumbach mit 39 gegen 33 Stimmen angenommen, wonach der Posten des niederländischen Gesandten beim Papste abgeschafft werden soll. Der Minister des Auswärtigen hatte in einer längeren Rede die Notwendigkeit auseinandergelegt, diesen Posten in Rom wenigstens vorläufig noch fortzubehalten zu lassen, und betont, daß die Initiative in dieser Frage nicht von der niederländischen Regierung ausgehen könne. Der Etat des auswärtigen Amtes wurde einstimmig genehmigt.

Paris, 14. November. Die vom amtlichen Blatte gemeldete Ernennung des Herrn Ernst Picard zum Gesandten in Brüssel erfährt scharfen Tadel. Herr Picard, ein talentvoller Advokat, unter dem Kaiserreiche einer der „Fünf“ im gesetzgebenden Körper, in den letzten Jahren von Gambetta und Genossen überflügelt und sogar häufig als Kandidat für ein kaiserlich liberales Ministerium bezeichnet, war bekanntlich nach dem 4. September Finanzminister der provisorischen Regierung und in den ersten Monaten der Thiers'schen Präsidentschaft Minister des Innern. Er mußte im Juli dem Drängen der Majorität weichen, so daß von den Septembermännern nur noch der sich allen Situationen anschmiegende Jules Simon übrig blieb. Herr Picard strebte dann nach dem Posten eines Bankgouverneurs, aber die Finanzminister, welche den Verwaltungsrath der Bank bilden, widersetzten sich entschieden. Jetzt ruft nun Herr Thiers einen der fähigsten Mitglieder des französischen diplomatischen Korps, Herrn Baude, von seinem Posten ab, um denselben Herrn Picard zu übertragen, der niemals Gelegenheit gehabt hat, irgend welche diplomatische Befähigung zu zeigen. Dabei muß bemerkt werden, daß Herr Picard ein reicher Mann ist, nicht von einer „Versorgung“ nicht die Rede sein kann. Wozu denn diese Ernennung, welche soviel Anstoß erregt und das ganze französische diplomatische Korps gegen Herrn Thiers verstimmen muß? Hoffentlich trifft Herr Thiers für Berlin eine bessere Wahl; es ist das jedenfalls anzunehmen, wenn sich in diesem Falle das Sprichwort bestätigen soll: „Was lange währt, wird endlich gut.“

Es darf jetzt als ausgemacht gelten, daß Regierung und Nationalversammlung in der nächsten Zeit nach Paris zurückkehren werden. Herr Thiers läßt zwar durch seine Offizien erklären, er werde in dieser Angelegenheit der Nationalversammlung die Initiative überlassen, aber man weiß, was das heißen will. Einige Deputirte werden den Antrag stellen und die Regierung wird dann erklären, daß sie sich dem Beschlusse der Versammlung füge, daß aber allerdings die Rückkehr nach Paris jetzt nicht allein möglich, sondern auch erwünscht sei. Hieraus wird die Majorität sich beileben, den Abzug von Versailles zu beschließen. Wer in diesen Wintertagen, wenn der kalte Wind durch die langen Alleen pfeift, in Versailles gewesen, wird begreifen, daß sich die zahlreichen Ministerialbeamten nach ihren behaglichen Bureaus in den Pariser Ministerien sehnen. Die Pariser rechnen auf die rheumatischen Schmerzen, denen die Deputirten nach ihrer Rückkehr aus Versailles anheimfallen werden. Bekanntlich wird Herr Thiers das schöne Palais Elisee im Faubourg St. Honore beziehen. Seltsames Schicksal! In diesem Palaste residirte der Präsident Louis Napoleon, als er am Abend des 1. Dezember unter vielen anderen auch den Befehl zur Verhaftung des Herrn Thiers unterzeichnete.

Paris, 15. November. Die von Jules Favre veröffentlichte Depesche des Grafen Harcourt über seine Unterredung mit dem Papste wird noch immer viel besprochen. Dem „Journal des Debats“ geht eine Zuschrift des Herrn Xavier Raymond zu, in welcher dieser erzählt: Vor einigen Tagen, kurz vor seiner Abreise nach Rom, hatte ich Gelegenheit, den Grafen Harcourt zu sehen. Im Laufe des Gesprächs kamen wir natürlich auch auf die römischen Angelegenheiten und Graf Harcourt äußerte mir sein Erstaunen über das Buch des Herrn Jules Favre, welches Depeschen veröffentlicht habe, die dem Ministerium des Aeußern und Frankreich, aber Niemand anders gehörten. Dieses sein Erstaunen sei um so größer gewesen, als er jene Depeschen nicht immer der Wahrheit treu wiedergegeben sah. Er nahm das Buch zur Hand und führte mir zum Beweise gerade jenen Depeschenauszug an, in welchem Herr Jules Favre dem Papste in der dem Grafen Harcourt erteilten Empfangs-Audienz sagen läßt: „Alles, was ich wünsche, ist ein kleiner Fleck Erde, in dem ich Herr wäre; wenn man mir anböte, mir meine Staaten zurückzugeben, so würde ich sie ablehnen!“ Der wahre Text der Depesche lautete aber: „Alles, was ich wünsche, ist ein kleiner Fleck Erde, wo ich Herr wäre, womit ich indeß nicht sagen will, daß ich, wenn man mir anböte, mir meine Staaten wiederzugeben, sie ausschlagen würde.“ Graf Harcourt konnte sich gar nicht erklären, weshalb Herr Jules Favre die bezeichnete Stelle unterdrückt und so den Sinn des Satzes in sein Gegenteil verandelt hätte. Noch an demselben Tage brachte Herr von Harcourt seine Proteste bei dem Präsidenten der Republik, Herrn Thiers, und bei dem Minister des Aeußern, Herrn von Remusat, vor; auch beabsichtigte er, an Herrn Jules Favre zu schreiben und ihn zur Berichtigung des Textes aufzufordern. Wenn Graf Harcourt sich noch in Paris befände, so könnte ich es ihm überlassen, seine Einsprache selbst vorzubringen; da er aber abwesend ist und nicht vor acht Tagen öffentlich aufzutreten könnte, so steht zu beforgen, daß man auf Grund eines Zerrhums in unfruchtbarer Erörterungen treten möchte. Aus diesem Grunde sehe ich mich bestimmt, Ihnen die vorstehende Mittheilung zu machen.“

Immerhin bleibt es höchst auffallend, daß die Regierung nicht aus der Originaldepesche die streitige Stelle veröffentlicht. Nichts wäre einfacher, als dem Grafen Harcourt diese Genugthuung zu gewähren, zumal sein Empfang in Rom beim Papste offenbar viel freundlicher ausfallen würde, wenn er von dem Vorwurf gereinigt würde, dessen Äußerungen entstell-

zu haben. Bis jetzt aber gesteht weder Herr Jules Favre ein, daß ihm beim Kopiren der Depesche ein — jedenfalls höchst seltsamer — Schreibfehler begegnet sei, noch sucht die Regierung, wie es sich gebühren würde, die Sache klarzustellen.

Paris, 16. November. Die Permanenz-Kommission der Nationalversammlung beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit der finanziellen Frage. Den derselben gemachten Mittheilungen zufolge betrug der Notenumlauf gestern 2350 Mill. Frs.; nichtsdestoweniger ist man der Ansicht, das gesetzliche Maximum werde nicht überschritten werden. Die Absicht, das Kapital der Bank von Frankreich zu verdoppeln, ist wieder in Frage gestellt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde Favre getadelt, diplomatische Angelegenheiten, welche Staatseigenthum waren, veröffentlicht zu haben. Schließlich gab der Minister des Innern Details über die Entwaffnung der Nationalgarde, aus welchen sich ergab, daß die Entwaffnung bis auf einige Departements vollzogen sei.

„Messager de Paris“ will bezüglich des morgigen erscheinenden Bankausweises wissen, daß derselbe befriedigender Natur sei. Der Baarvorrath ist gegen den Ausweis der vorigen Woche wenig verändert, das Portefeuille und die laufende Rechnung der Privaten sich vermindert haben. Das Guthaben des Staates wäre um 5 Millionen gestiegen. Derselben Quelle zufolge soll die Bank im Laufe der letzten Woche 5 Millionen Francs Rente verkauft haben.

Paris, 17. November. Durch Dekret der Regierung werden die Beschlüsse des Arrondissementsrathes von Nimes für ungültig erklärt.

Das „Journal officiel“ bezeichnet die Mittheilung, die Behörde hätte die Abhaltung von Messen anlässlich des Eugenientages untersagt, für grundlos; der Klerus habe in voller Freiheit gehandelt, indem er von der Ansicht ausging, eine religiöse Ceremonie dürfe nicht den Vorwand für politische Kundgebungen abgeben.

Rom, 16. November. Prinz Humbert und Prinzessin Margarethe sind hier eingetroffen.

Rom, 17. November. Die dem königlichen Hause zugehörige Kirche Saint-Suaire ist gestern von dem Msgr. Angelini mit Zustimmung des Papstes eingeweiht worden. Die Nachricht, daß die Kirche erst jetzt in das Eigenthum des königlichen Hauses übergegangen sei, ist ungenau.

London, 15. November. In Chislehurst fand eine Ueberreichung von Geburtstags-Geschenken für die Kaiserin Eugenie statt. Der eigentliche Geburtstag war am 5. Mai, aber die Ceremonie hatte aus verschiedenen Gründen auf den Namenstag hinausgeschoben werden müssen. Herr Charles Ducroy, früher beim Stabe des Prinzen Joachim Murat, überbrachte Geschenke von ehemaligen Offizieren der Nationalgarde; eine Deputation war mit einem Album gekommen, welches das kaiserliche Wappen trug und die Unterschriften von 25,000 Einwohnern von Paris aufwies. Man überreichte ferner Namens der Damen von Paris ein prachtvolles Bouquet nebst einer Adresse von hervorragenden Mitgliedern des französischen Adels. Auch andere Deputationen brachten noch eine Anzahl kostbarer Bouquets.

Bezüglich der Verurtheilung zu vier Monaten Gefängnis, welche den Eigentümer des Dubliner „Irishman“ wegen eines Artikels über den Prozeß gegen den wegen Mordes angeklagten Kelly getroffen hat, ist Einiges zur Erklärung hinzuzufügen. Zunächst ist der „Irishman“ dasjenige Blatt, welches mit größerer Unversämtheit als irgend ein anderes die Lehre gepredigt hatte, es sei kein Mord einen Angebot und Verräther — als solcher wurde der ermordete Geheimpolizist Talbot bezeichnet — umzubringen. Längere Zeit hindurch, nämlich so lange der Prozeß nicht im Gange war, konnten derartige und noch viel stärkere Äußerungen ungestraft gethan werden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil im Klagefall eine Jury entscheiden haben würde, und mit Bestimmtheit anzunehmen war, daß die Geschworenen es nicht gewagt haben würden, den Angeklagten schuldig zu erklären. Die Unkegheit, während der Prozeßverhandlungen in diesem Treiben fortzuführen, brachte den Eigentümer des Blattes vor den Gerichtshof selbst, der in der Lage war, diesen Eingriff in sein Verfahren ohne Zuziehung einer Jury ahnden zu können. Es muß bemerkt werden, daß Herr Pigott in der vor Gericht niedergelegten Erklärung zwar in Abrede stellte, den betreffenden Artikel geschrieben oder vor seiner Veröffentlichung gelesen zu haben, aber sorgfältig zu sagen vermied, er kenne den Verfasser nicht oder derselbe solle aus der Redaktion des Blattes entlassen werden. — Die zweite Prozedur gegen Kelly, wegen Mordversuches auf einen Polizisten, wird auf Antrag der Krone hin erst am 6. Dezember zur Verhandlung kommen. Am Abend seiner Verurtheilung fand, wie man sich erinnern wird, in Limerick ein Attentat auf einen Polizei-Inspektor a. D. statt, welches mit der Ermordung Talbots in vielen Einzelheiten eine gewisse Ähnlichkeit hat. Auch er war den Juriern wegen seines Antisefers verhaftet, und obwohl er schon seit einiger Zeit nicht mehr im Dienste war, konnte man es ihm doch nicht vergeßen, daß er sich mit dem in Manchester hingerichteten Fenier-Obersten Burke ganz besonders verfeindet, und daß er jüngst bei Unterdrückung einer Kundgebung in Limerick thätig mit Hand angelegt hatte.

— Auch eine Nachricht anderer Art liegt heute

aus Dublin vor, daß nämlich der erste Verkauf von Kirchenländereien kraft der Bestimmungen des Gesetzes zur Abschaffung der Staatskirche am 31. Januar nächsten Jahres stattfinden wird. Die Ländereien liegen innerhalb 3 engl. Meilen von Cavan in der Diözese Kilmore.

— Mr. Butt, der Stimmführer der irischen Partei, welche Wiederherstellung des irischen Parlaments und einer irischen Regierung für die eigentlichen Lokalfragen Irlands anstrebt, sprach am vergangenen Abend in Glasgow vor einer zahlreichen, hauptsächlich aus Irländern bestehenden Versammlung. Er führte alle Uebel Irlands auf die Union mit England zurück und verbieth dagegen goldene Berge von einer Ausführung seines Programms. Es liegt im Plane, in Glasgow einen Zweigverein zur Agitation für Butt's Programm zu gründen.

Provinzielles.

Stettin, 18. November. In der nächsten Stadtverordneten-Sitzung wird eine Vorlage des Magistrats wegen Umbaus des Schiffsdurchlasses der Baumbrücke zur Berathung kommen. Ungeachtet dieser Umbau einen Kostenaufwand von etwa 15,000 Thlr. erfordert, ist das Bedürfnis zu demselben für den hiesigen Schiffsverkehrsverkehr doch ein so äußerst dringendes, daß nur gewünscht werden kann, den Umbau so bald als nur irgend möglich vollendet zu sehen. In den letzten Jahren ist es vielfach vorgekommen, daß namentlich größere mit Petroleum beladen hier eingekommene Schiffe den gegen die übrigen Oderbrücken um mehrere Fuß schmälern Durchlaß der Baumbrücke nicht passiren konnten und somit außer Stande waren, nach dem Petroleumspeicher in der Parnitz zu gelangen. Die Ladung mußte deshalb beim Pilschty'schen Petroleumschuppen unterhalb Grabow entladen werden und entstand den Ladungsempfängern dadurch häufig nicht unerhebliche Kosten und sonstige Nachtheile. Die stete Zunahme des Schiffsverkehrs im hiesigen Hafen gebietet dringend Abhilfe des beregten Uebelstandes.

Am 1. Dezember, dem Tage der Volkszählung, wird der Unterricht in den höheren und niederen Schulen ausgesetzt werden, damit, wie der Kultusminister auf eine desfallsige Anfrage entschieden hat, die Lehrer als freiwillige Zähler verwendet werden können.

Dem Oberst-Lieutenant v. Brandt, à la suite des pomm. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 2, ist die Erlaubnis zur Anlegung des Ritterkreuzes des mecklenburgischen Hausordens der wendischen Krone erteilt worden.

Nachstehende Liste über die Betheiligung der Feuer-Versicherungs-Gesellschaften beim hiesigen Speicherbrand dürfte, wie die „Hf.-Ztg.“ meint, der Wahrheit ziemlich nahe kommen: Magdeburg 50 bis 60,000 Thlr., Deutscher Phönix 25—28,000 Thlr., Hamburg-Bremen 20,000 Thlr., Preussische National-Versicherung 10,000 Thlr., Leipzig 10,000 Thlr., Liverpool, London und Globe 5000 Thlr., Royal 4000 Thlr., Elberfeld 5000 Thlr., Baier. Hypothekbank 4000 Thlr., Basel 4000 Thaler, Deutsche Versicherungs-Gesellschaft 4000 Thlr., Dödenburg 4000 Thlr., Gotha 2000 Thlr., Schleifische 1000 Thlr. Also dürfte der Gesamtschaden inkl. der Gebäude die Summe von 250,000 Thlr. schwerlich übersteigen.

Am 5. Dezember tritt der „Kommunal-Landtag von Altpommern“ zur Wahl eines Direktors der Provinzial-Armenvorwaltung und zur Feststellung eines neuen Reglements für die Landfeuer-Sozietät, welche bekanntlich ihren Geschäftsbetrieb künftig auch auf Mobilversicherung ausdehnen wird, hier zusammen.

In Betreff der am Bord des „Franklin“ auf dessen letzter Fahrt vorgekommenen Cholera-Todesfälle, worüber bereits ein Telegramm aus Newyork berichtete, theilt die Direktion des „Baltischen Lloyd“ jetzt mit, daß die Zahl der Todesfälle bis gestern leider 45 betragen hat; ins Hospital sind 12 Kranke aufgenommen und die gesunden Passagiere auf das Quarantäneschiff „Delaware“ übergeführt. Der „Franklin“ selbst liegt in der unteren Bai in Quarantäne. — Die Direktion des „Baltischen Lloyd“ erklärt sich gleichzeitig bereit, sobald sie über die näheren Umstände dieses traurigen Falles ausführliche briefliche Nachricht erhalten haben wird, dieselbe unverzüglich zur öffentlichen Kenntniz zu bringen.

Stargard, 17. November. An der heutigen Stadtverordneten-Wahl in der 1. Abtheilung betheiligte sich ein größerer Prozentsatz der Wähler, als in den beiden anderen Abtheilungen. Es wurden die Herren Goldarbeiter Deesen und Kaufmann Minas wiedergewählt, die Herren Seifen-Fabrikant Vincoss und Brauereibesitzer Zühl neugewählt.

* **Daber, 15. November.** Das Dorf Boigtshagen ist in dem letzten Feldzuge gegen Frankreich mit einer ziemlich bedeutenden Anzahl von Mannschaften betheiligt gewesen. Am vergangenen Sonntag, d. 12. d. M. hatten sich die Krieger des genannten Dorfes zu einem gemeinsamen Feste vereinigt. Um 1 Uhr versammelten sich dieselben mit ihren Familien und Freunden im Festlokal. Der Zug bewegte sich von hier zum Schulhause, während die Musik die „Wacht am Rhein“ spielte. In der Schultube stellten sich die Mannschaften um eine Fahne auf, die dort abgeholt werden sollte. Auch wollten sie noch einmal gemeinsam Gott dem Herrn

Der Vorstand.

zur	{	Preuss. Lotterie	{	versendet
1. Cl.				Anteilstosse
$\frac{1}{4}$ 8 <i>Rth.</i>				$\frac{1}{4}$ 4 <i>Rth.</i> , $\frac{1}{8}$ 2 <i>Rth.</i> , $\frac{1}{16}$ 1 <i>Rth.</i> , $\frac{1}{32}$ 15 <i>Rth.</i>
S. Basch, Berlin, Wollenmarkt 14.				

Reichhaltiges Uhren-Lager.

als goldene und silberne Herren- u. Damen-Uhren, mit auch ohne Schlüssel anzuziehen, (Remontoirs,) Regulatoren in eleganten Gehäusen, Stuben-Salon-, Kuckucks-, Kipp-, Nacht- und Stund-uhren in den neuesten Maschinen, Reise-Wecker mit auch ohne Gehäuse, Hals- und Westenfetten, Schlüssel in Gold, Silber und Stahl empfiehlt zu billigsten Preisen.

Reparaturen an Uhren gut u. billig.

H. Koehler,

Breitestr. u. Paradeplatz-Ed.

Für Bureaux

empfehle gut geleimtes Concept-Papier v. 1 Zhr. pr. Rieß an, Rundir-Papier v. 1 Zhr. 15 Sgr. pr. Rieß an, haltbare Altendekel, tiefschwarze Galleddinte, Roth- u. Blaukiste, Bleistifte pro Dbd. 4 Sgr. gute Qualität u.

Bernhard Saalfeld,

gr. Eastable 56.

Patent-Papier-Niederlage.

Fleischwaaren-Handlung

von

J. Lewin, Beutlerstraße 13.

empfehle

gute Schloß- u. Salamiwurst, frische Lungen- u. Leberwurst, ferner Wiener Würstchen, zu jeder Tageszeit warm, a Dugend 10 Sgr.

20. Größte Auswahl fertiger Herren- u.

Anaben-Garderoben

zu allerbilligsten Preisen, nur bei

20. **Louis Asch,**

untere Schulzenstr.

Leibrock-Verleih-Institut

20. von **Louis Asch,**

untere Schulzenstraße

Zu Weihnachten. Ausverkauf

zurückgesetzter

Tapiserie-Arbeiten

bei

W. Johannng,

obere Schulzenstr. 44.

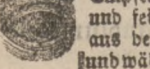


Nähmaschinen

ein ganzbares System, ebenso u. Nähmaschinen von 10 Z. an, unter mehrjähriger Garantie, Unterricht gratis. Aufträge nach außerhalb besorge pünktlich.

Marie Pollex,

Stettin, Fischerstr. 7.



Empfehle mein großes Lager einfacher und feiner Brillen. Die Gläser sind aus der besten Werkstoff Kathenows, Lunawärte ich dieselben mit vollkommener S. Atemmigkeit und gewisshaft für die Augen aus, so daß dieselben nicht angegriffen werden, sondern sich nur conserviren. Ferner das Lager von feinen Biscuits, Torten, Theatergläsern, meteorologischen Instrumenten, Messingen etc.

In der Werkstatt werden alle Arbeiten billig u. sauber ausgeführt, die eine große Garantie ist erforderlich.

Ernst Staeger,

Optikus u. Mechanikus, obere Schulzenstraße Nr. 3.



Planoforte-Fabrik

von

F. Huot,

Schubstraße 4.

Ich empfehle meine anerkannten guten Planinos zu soliden Preisen und gebe 5 Jahre Garantie, auch werden sämtliche Reparaturen bei mir gut und billig gearbeitet. Gebrauchte Instrumente werden in Zahlung angenommen.

Fabrik u. Lager

gutstehender Oberhemden

von

Philippsohn & Leschziner,

untere Schulzenstraße 24.

Kohlen,

zum Heizen und zu Schmiedezwecken,

offertren billigst, frei vor die Thür

Wedel & Müller.

Bestes trockenes

Kiefern-Kloben-Holz

offertren billigst, frei vor die Thür

Wedel & Müller,

Comtoir; Schulzenstr. 22, Eingang Heiligegeiststr.,

Lagerplatz vor dem Parathore.

Breitestr. Nr. 66.

Die

Musik-Instrumenten-Fabrik

von

C. H. Grimm

in Stettin,

Breitestr. Nr. 66,

empfehle

ihr reichhaltiges Lager aller Arten

Blas- und Saiten-Instrumente,

unter Letzteren besonders eine bedeutende Auswahl alter, gut

abtirter Violinen, Viola, Cello und Contrabässe, ebenso

Bogen und sämtliche Utensilien für genannte Instrumente.

Pauken, deutsche, japanische und türkische Becken, Triangeln, Holz-,

Musik- und Turnertrommeln, Signalhörner und Pfeifen für Turner.

Größtes Lager aller Arten

Accordeons (Zieh-Harmonica) und **Mund-Harmonica,**

zu Fabrikpreisen,

Deutsche und echt italienische Instrumenten-

Saiten, aus den renommiertesten Fabriken in stets frischer Waare.

Drehschnüre für Spinnräder, Drehbänke, und

Maschinen sowie für Uhr- und Handschuhmacher.

Grösste Werkstatt für Reparaturen an allen Arten von

Instrumenten.

Breitestr. Nr. 66.



Prima-Nähgarne

zu En-grs-Preisen im Detailverkauf nach ausserhalb gegen

Postvorschuss.

Original-

Singer-Näh-Maschinen

sind nur zu haben

62. Breitestr. 62.

Alle sonst am hiesigen Platze unter dem Namen

„Singer“ angebotenen Näh-Maschinen sind

nachgemachte.

Stettin, Breitestr. 62.

Wilh. Scheffers.



10 Breitestr. 10, Stettin.

Nähmaschinen-Fabrik

von **Bernh. Stoewer.**

Beste Nähmaschinen für Familien wie für Handwerker

zu ermäßigten Preisen. Mehrjährige schriftliche

Garantie. Unterricht gratis.

10. Breitestr. 10.

DACHPAPPE

Asphalt, Steinkohlentheer etc.

sowie Eindeckungen mit

Solzdach-Cement

übernehmen und empfehlen

L. Haurwitz & Co.,

Asphalt- und Dachbedmaterialien-Fabrik

Comtoir: Grauenstraße 11-12.



Eisenbahnchienen

zu Bauzwecken empfiehlt

W. Dreyer, Breitestr. 20.

Zu passenden Weihnachtsgeschenken empfiehlt ihr reichhaltiges Lager von Leder-, Korb- und geschliffenen Holzwaaren, sowie angefangenen und fertigen Stücken zu außergewöhnlich billigen Preisen und mit jedem Ausverkauf konfurrenz zu können.

Die Tapiserie-Manufactur von

Hermine Mandt,

Schubstraße 5.

Terpentinfreie Alabaster,

das Pfund 2 Zr.

C. A. Schnolder, Hofmarkt u. Poststr. 1. Ed.

Bibeln

von 7 Zr. Neue Testamente von 2 Zr. an. Elisabethstr. 9.

Der Salon

zum Haarschneiden, Frisiren und Rasiren

von

Otto Lucas,

befindet sich

Gr. Domstraße 14-15.

14-15. Gr. Domstraße 14-15.

Anfertigung sämtlicher Haararbeiten, Flechten, 3 Loth schwer, von 2 1/2 Zhr. bis 8 Zhr., Flechten, 5 Loth schwer, 4 Zhr. bis 12 Zhr. sind stets fertig in allen Farben.

NB. Flechten werden von ausgekämmten Haaren zu 15 Sgr., Damenschittel zu 2 Zhr., Kamm-Toupetts zu 20 Sgr., Bestellungen nach außerhalb dauerhaft und unter Garantie angefertigt bei

Otto Lucas,

Coiffeur,

14-15 gr. Domstr. 14-15.

Geschäfts-Gröfzung.

Hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich am

heutigen Tage

Breitestr. 52. Ecke der Papenstr.

ein

Pelz-Waaren- u. Mützen-Geschäft

errichtet habe

Es wird mein Bestreben sein, mir durch reelle

Waare und solche Preise bald das Vertrauen des

geehrten Publikums zu erwerben.

Indem ich mein Unternehmen bestens empfehle

zeichne Achtungsboll

Emil Grabowsky,

Breitestr. 52.

Geneigtheit zur gut honorirten regelmäßigen Mitarbeit an meiner weit verbreiteten nicht politischen Redaktions-Correspondenz, bitte ich, durch gefällige Sendung der Adresse an die Redaktion d. Blattes sub H. C. M. beizulegen, Probe-Artikel beilegen, sowie angeben zu wollen, wie viel und in welchen Gebieten zu schreiben man befähigt und geneigt ist. — Auch unregelmäßige Mitarbeiter finden honorirte Berücksichtigung, doch nicht mit Romanen, Gedichten oder Theaterstücken; sonst alle nicht gebrauchte gemeinverständliche Original-Artikel aus allen Fachwissenschaften, und nicht gebrauchte Original-Artikel geist- oder witzreich, heiter oder nützlich oder belehrenden Inhalts ohne und mit beigegebenen phot. u. lithographirbaren Zeichnungen oder hübschen Karikaturen. — Mitarbeiter zweifelhafter Orthographie werden bittlich verboten.

Socien gesucht.

Zur notwendigen Erweiterung eines äußerst rentablen, zur größten Ausbeutung befähigten Fabrik-Geschäfts, dessen Rentabilität mit der Erweiterung sich erheblich erhöht, und das ohne große Vorräthe, sondern überwiegend auf Bestellungen arbeitet, werden Besitzer sofort oder in kurzer Zeit disponibler ansehnlicher Kapitalien als stille Gesellschafter gesucht. Sicherer Gewinn 20 bis 40 Prozent per anno und wohl noch mehr. — Gefällige Adressen mit Angabe der sofort, und der später, und wann disponiblen, vor dem Vertragschluss zu erweisen Mittel abzugeben in der Exped. d. Blattes sub C. T. F. 14.

Hôtel de Russie.

H. Weise.

Von heute ab, täglich feines Rührberger Bier vom Faß, a Seidel 2 Sgr., zugleich empfehle ich auch meine Restauration mit einer Auswahl warmer und kalter Speisen zu jeder Tageszeit.

Durch das landwirthschaftliche Central-Versorgungsbureau der Gewerbebuchhandlung von Reinhold Kühn in Berlin, Leipzigerstr. 14. werden zum sofort. Antritt resp. 1. Januar 1872 gesucht: 16 unverb. Oekonomie-Beamte, als Inspektoren, Rechnungsführer, Hof- u. Feld-Verwalter, Geh. 80, 100, 120, 150, 200-300 Zr., 4 unverb. Oek. u. Gemüß- und Blumen-Gärtner, Gehalt 60-100 Zr. u. Land-, 3 Forstbeamten, Geh. 80-120 Zr., Deputat u. Land-, 4 Landwirthschafterinnen, Gehalt 60-80 Zr., sowie 8 Oekonomie-Gleichen. Sonstige nur für wirkliche Leistungen. Briefe finden innerhalb drei Tagen Beantwortung.

Verheirathete Wirtschafts-Beamte können dauernde Administrator- und Oberinspektor-Posten mit 300 bis 500 Zr. Jahresgehalt, Deputat, Lantime etc. nachweisen erhalten, auch mehrere unverb. Inspektoren und Verwalter mit 150 bis 300 Zr. Gehalt, feier Station etc.

Landwirthschaftliches Bureau in Berlin,

Rosenthalerstr. 14.

Joh. Aug. Goetsch.

Stadt-Theater.

Donntag. Drei Paar Schuhe. Poffe mit Gesang in 3 Akten.

Victoria-Theater.

Sonntag. Drei verhängnißvolle Tage aus dem Leben eines Schusterjungen. Poffe mit Gesang in 3 Akten. Das Königreich der Weiber. Romische Operette in 2 Akten.